

Frauen im vbob

3

mit dbb seiten

Die Forderung nach Gleichstellung bleibt

MAGAZIN

März 2021 • 71. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das nächste Grußwort und immer noch Pandemie. Inzwischen nimmt der Druck auf die Bundesregierung und die Landesregierungen weiter zu, Maßnahmen zu treffen, die den Ausstieg aus dem langanhaltenden Lockdown ermöglichen. Alle wollen das – keiner weiß, ob es richtig ist und wieviel man zulassen soll, aber die Verantwortlichen sind am Zuge und für den Fall, dass sich herausstellt, dass dies die falsche Strategie ist, auch daran schuld. Wer von uns würde im Augenblick die Verantwortung tragen wollen?

Im Jahr der Bundestagswahl und vieler Landtagswahlen dürfen wir gespannt sein, wie viele richtige Lösungen uns die um Stimmen und Mandate kämpfenden Parteien noch offerieren werden. Gewinnen die eher aggressiv fordernden oder eher die moderaten Parteien an Stimmen hinzu, es wird spannend.

Ich hoffe jedenfalls, dass Sie mindestens in dem bis zum Impfangebot verbleibenden Zeitraum gesund bleiben und dass wir in diesem wichtigen Feld der Gesundheitspolitik möglichst wenig Fehlentscheidungen wie auch Verstöße gegen gesellschaftlich akzeptierte Regelwerke zu ertragen haben.

In Wahljahren poltern Politikerinnen und Politiker schon mal mit medial wirksamen und sprachgewaltigen Botschaften. So verwundert es nicht, dass der Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag sogar eine Revolution fordert. Gleichwohl benennt er fünf Felder, in denen er eine Modernisierung fordert:

Verwaltung, Digitalisierung, Bund-Länder-Kooperation, Bildungssystem und Katastrophenschutz. Der Reformprozess

müsse nach der Bundestagswahl in diesem Jahr ein maßgeblicher Bestandteil der Koalitionsverhandlungen werden, so Brinkhaus.

Damit steht fest, dass wir uns auf die Diskussion über Veränderung, Erneuerung beziehungsweise Verbesserung der Dienstleistungen im öffentlichen Dienst und damit auch der Bundesverwaltung einstellen müssen. Der vbob steht als kompetente Gewerkschaft für die Bundesverwaltung gerne der Politik beratend zur Verfügung. Fragen, die zu einer solchen „Revolution“ gehören sind beispielsweise die Beteiligung der Beschäftigten im Zusammenhang mit Veränderungen zu den genannten Themenfeldern. Die von der Bundesregierung in das parlamentarische Verfahren eingebrachte „kleine Novelle“ des Bundespersonalvertretungsgesetzes ist leider nicht Revolution, sondern allenfalls ein Anfang.

Angefangen hat mit der Einführung des Frauenwahlrechts vor über 100 Jahren auch der lange Weg der Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland. Ein nicht nur generelles und weiter aktuelles Thema für die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, sondern konkreter Auftrag und Verpflichtung.

Unsere Bundesfrauenvertreterin Anna Diegeler-Mai ordnet im Leitartikel dieser Ausgabe aktuelle gewerkschaftspolitische Gleichstellungsfragen ein und erläutert ihre Aufgaben innerhalb des vbob.

Einen Wunsch, der an uns herangetragen wurde, erfüllen wir ebenfalls mit dieser Ausgabe. Sie finden auf den folgenden Seiten eine Kurzdarstellung der neu in den Bundesvorstand gewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden Claudia Goeke sowie unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hans-Georg Schiffer.

Noch ein Wort in eigener Sache: Die Veranstaltungsreihe anlässlich des 70-jährigen Bestehens hat am 23. Februar 2021 erfolgreich begonnen. Zum Thema „Gewerkschaft, warum eigentlich“ haben sich über 60 teilnehmende Mitglieder intensiv ausgetauscht. Am 30. März 2021 startet die nächste Diskussionsrunde zur Frage der „Attraktivität der Bundesverwaltung“. Melden Sie sich rechtzeitig unter jubiläum@vbob.de mit Ihrer E-Mail-Adresse für die Veranstaltung an, die zuständigen Vorstandsmitglieder freuen sich auf die Diskussion mit Ihnen!

Mit besten Grüßen

Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Frauen im vbob: Die Forderung nach Gleichstellung bleibt 4–7
- > Die neu gewählten Bundesvorstandsmitglieder stellen sich vor 8–9
- > Gespräch mit dbb Chef Silberbach 9
- > Klausur des Bundesvorstands per Videokonferenz 9
- > Kommentierte Pressestimmen 10–11
- > Wohlverdienter Ruhestand 12
- > Im Dialog mit dbb Vize Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik 12

> dbb

- > gastbeitrag – Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat 15
- > beamte – Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes 16
- > arbeitnehmerrechte – Betriebsverfassungsrecht: Bundesregierung will Betriebsräte stärken 18
- > jugend – Pandemiestrategie: Die Nöte der Jugend erkennen 21
- > dbb akademie 22
- > online 24
- > europa – Portugal übernimmt Ratspräsidentschaft: Wie die EU sozialer, digitaler und grüner werden soll 26
- > seniorenen 29
- > gesundheitspolitik – Pflegereform 2021 30
- > drei fragen an ... Andreas Westerfellhaus, Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung 32
- > frauen – nachgefragt bei ... Patricia Cammarata zum „Mental Load“ 34
- > dbb gedenkt Helga Schulz 35
- > service für dbb mitglieder 38
- > Die Zivilgesellschaft ist gefordert, die Spielregeln des Miteinanders zu verteidigen 40
- > bürgerschaftliches engagement – Politik und Bürger sollen gemeinsam über die Zukunft nachdenken 42
- > nachrichten 44
- > interview – Marian Wendt, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** AdobeStock, Christiane Dörnen, Anita Schröder, Claudia Goeke, Hagen Immel, Leistenschneider, HG Schiffer, Stefan Zeller, FG Bfj, vbob. **Titelbild:** Angelina Bambina / stock.adobe.com.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 37,70 Euro zzgl. 7,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,20 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62 (dbb magazin) und Preisliste 41 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage dbb magazin:** 571338 (IVW 4/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Frauen im vbob

Die Forderung nach Gleichstellung bleibt

Vom Verband für die Bundesbeamten zur Gewerkschaft Bundesbeschäftigte war es ein langer Weg, nicht so ein langer Weg wie der vom erkämpften Frauenwahlrecht bis zur vollkommenen Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft, der immer noch nicht zu Ende ist. Denn die Forderung nach Gleichstellung bleibt trotz des Erreichten auch heute. Zu viele Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Vorgehensweisen auch in unseren Verwaltungen wirken sich benachteiligend vor allem auf Frauen, aber auch auf Familien aus. Manche als Fortschritt deklarierte und empfundene „Errungenschaft“ wie Teilzeitmöglichkeiten, Homeoffice und Gleichstellungspläne bergen sogar Fehlentwicklungen in sich, die immer wieder benannt und ihre Abänderung angemahnt werden muss. Dabei geht es nicht um kleinteiliges Einfordern von gegenderten Begrifflichkeiten, obwohl das auch manchmal wichtig ist. Es geht um konkrete Unterstützungsmaßnahmen, die den Frauen, aber auch ihren Familien zugutekommen. Das vor allem ist die Aufgabe der Gewerkschaften mit ihren Frauenvertretungen und so geschieht es auch bei uns im vbob und im dbb.

Ein gutes Beispiel ist die inzwischen geregelte Übernahme der Kinderbetreuungskosten durch den Arbeitgeber oder Dienstherrn, wenn eine Kollegin Dienstreisen unternehmen muss. Bei solchen und ähnlichen Anliegen hat sich der vbob schon immer als guter Türöffner und Vermittler zu den regelnden Stellen erwiesen. Der Forderung der Gleichstellungsbeauftragten der Behörden konnte

dadurch Nachdruck verliehen werden. Insgesamt ist es eine auf lange Frist angelegte Arbeit, bei der sich nur kleine, häufig wenig spektakuläre, aber wirksame Erfolge erzielen lassen.

> **Meine Arbeit als Bundesfrauenvertreterin**

Seitdem ich vbob Bundesfrauenvertreterin bin, haben sich die Anliegen und Forde-





© volff / stock.adobe.com

von
Anträ-
gen zum
Bundesvertre-
tertag und im
Verbund mit der dbb
bundesfrauenvertre-

tung, die wichtige frauenpolitische Forderungen gebündelt und konzentriert im dbb vorbringt und sie von dort in die Politik weiterträgt. Kurz nach der Bundestagswahl 2017 als festzustellen war, dass im neuen Bundestag gerade einmal 30,7 Prozent weibliche Abgeordnete vertreten sind – das ist der niedrigste Frauenanteil im deutschen Parlament seit 1994 (26,2 Prozent) – fühlten sich Sozialpartner und Frauenverbände, aber auch wir im dbb und vbob zum Beispiel besonders verpflichtet, uns für die Rechte der Frauen stark zu machen. „Es gibt viel zu tun: Gender-Pay und Gender-Pension-Gap sind real – in der freien Wirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst. Frauen bleiben in den Führungssetagen weiterhin unterrepräsentiert. Die Arbeitsleistung von Teilzeitkräften wird noch immer als ‚zweit-rangig‘ eingestuft. Wir müssen jetzt an einem Strang

rungen, um die wir uns als Frauen im vbob und im dbb kümmern, nicht wesentlich verändert. Nach wie vor müssen wir unsere seit Jahren formulierten Positionen zur Verbesserung der Situation der Frauen auch im öffentlichen Dienst immer wieder neu artikulieren, zur Geltung bringen und den aktuellen Gegebenheiten anpassen. Dies tue ich in Form

ziehen. Wir werden an diesen Themen energisch dranbleiben und uns in die Debatten einmischen“, sagte Helene Wildfeuer, damalige Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung kurz nach der Bundestagswahl. Milanie Kreuz, die seit letztem Jahr neue Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung ist, sieht sich und alle Frauenvertretungen mit neuen Herausforderungen konfrontiert. „Die Corona-Krise hat gezeigt, dass auch der öffentliche Dienst flexible Arbeitsmodelle wie mobiles Arbeiten in vielen Bereichen anbieten kann. Jetzt ist die Zeit, um unsere Verwaltungen fit für die Zukunft zu machen und gendergerecht aufzustellen. Die Beschäftigten haben vorgelebt, dass es geht. Jetzt sind Politik und Dienstherren in der Pflicht“,

forderte Kreuz. Vor allem unterstützt sie die Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen für mobile und flexible Arbeitszeitgestaltung, die maßgeblich zur Gleichstellung in der Arbeitswelt beitragen.

Die Erkenntnisse der Sachverständigenkommission zum Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung seien hierfür wegweisend. Das seit Kurzem vorliegende Gutachten verdeutliche, dass Frauen eine aktivere Rolle in der digitalisierten Gesellschaft einnehmen müssten. Die dafür notwendigen Maßnahmen lege das Sachverständigengutachten dar. Die Bundesregierung solle diese sehr ernst nehmen. In diesen Kontext passen die beim vbob diskutierten Themen zur Digitalisierung der Ar-

> Frauen im vbob

Anträge des vbob zum 12. dbb bundesfrauenkongress am 13. April 2021

- > Die dbb bundesfrauenvertretung möge sich dafür einsetzen, dass zur Stärkung des Ehrenamtes und zur Unterstützung anerkannter öffentlicher Belange in den Sonderurlaubsverordnungen des Bundes und der Länder der Umfang der möglichen Sonderurlaubszeiträume von 5 auf 10 Tage erhöht wird. Zusätzlich sollte auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme halber Sonderurlaubstage aufgenommen werden, um auch Teilzeitbeschäftigten angemessener Rechnung tragen zu können.
- > § 50 Bundeslaufbahnverordnung (BLV) soll in Abs. 1 Satz 1 nach dem Wort „... einheitlichen ...“ ergänzt werden um das Wort „diskriminierungsfreien“ Beurteilungsmaßstab.
- > § 50 Satz 2 BLV soll ebenfalls um das Wort „diskriminierungsfrei“ ergänzt werden, damit die Leistungs- und Befähigungsmerkmale in den Beurteilungsrichtlinien der obersten Dienstbehörden vor allem für Teilzeitbeschäftigte mit familiären Aufgaben zum Beispiel bei den Kriterien wie „Verhalten unter Zeitdruck“ oder „Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit“ zu ihren Ungunsten ausgelegt werden können.
- > In allen Beurteilungsrichtlinien der obersten Dienstbehörden sollen für die Beurteilenden verpflichtende Fortbildungen zu diskriminierungsfreien Beurteilungen vorgeschrieben werden.
- > Der nach einem Beurteilungsdurchgang zu erstellende Notenspiegel soll zugunsten der in § 50 Abs. 4 Satz 2 BLV genannten Teilzeitbeschäftigten zusätzlich nach den unterschiedlichen Formen ihrer Teilzeitbeschäftigung differenziert werden.
- > Die dbb bundesfrauenvertretung möge sich dafür einsetzen, dass auf politischer Ebene aktiv für einen schnelleren Breitbandausbau und eine flächendeckende Beseitigung der vor allem noch im ländlichen Raum vorhandenen Funklöcher gesorgt wird.

> Christiane Dörnen

Christiane Dörnen, Gleichstellungsbeauftragte im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe:

„Gleichstellungsbeauftragte sind Einzelkämpferinnen. Umso wichtiger war es für mich in meiner 12-jährigen Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte zu wissen, dass der vbob auch gleichstellungsrelevante Positionen gewerkschaftlich vertritt, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die



© Christiane Dörnen

Gleichstellung von Frauen und Männern fördern. Der vbob trägt dazu bei, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen im Laufe der Zeit den gendgerechten Erfordernissen angepasst werden und unterstützt somit die Aufgabenwahrnehmung der Gleichstellungsbeauftragten.“

beitswelt und die notwendigen Veränderungen der Rahmenbedingungen sehr gut und ich kann in Form von Anträgen des vbob zum Beispiel in der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung und beim im kommenden April stattfindenden 12. dbb bundesfrauenkongress Vorschläge einbringen, wie sie auch im vbob Bundeshauptvorstand gemacht werden. Mit Vorschlägen zur Änderung von dienstrechtlichen Vorschriften im Beurteilungswesen können unsere Erfahrungen aus der Bundesverwaltung die Arbeit der dbb bundesfrauenvertretung unterstützen (s. Kasten). Gemeinsames, gezieltes Vorgehen im Verbund ist für mich die richtige Methode, um auch langfristige Gleichstellungsziele zu erreichen.

■ **8. März - Internationaler Weltfrauentag**

Der internationale Weltfrauentag am 8. März, in Berlin sogar gesetzlicher Feiertag, bietet neben unserer regelmäßigen Arbeit jedes Mal die gute Möglichkeit, das Gleichstellungsanliegen der Frauen hier in Deutschland und in der ganzen Welt wie in einer Momentaufnahme in den Blick zu nehmen und auf einer Metaebene auf allgemeine Probleme aufmerksam zu machen.

Seit 1921 wird der Weltfrauentag jährlich am 8. März gefeiert und hat damit sein festes Datum. Seit 1911 wird an diesem Tag die Gleichstellung von Frauen und Männern forciert. An einem Tag im März gingen Frauen in Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz mit einer roten Nelke im Revers auf die Straße und forderten ihre Rechte ein – im Fokus damals das Frauenwahlrecht und die Teilhabe an politischer Macht. Heute wird der Tag vor allem von der Politik, den Gewerkschaften und

Frauenverbänden regelmäßig unter ein besonderes Thema gestellt, um auf Benachteiligungen von Frauen aufmerksam zu machen. In der Debatte des Deutschen Bundestages zum Internationalen Weltfrauentag im vergangenen Jahr wurden von den Politikerinnen zum Beispiel folgende Forderungen laut:

- > Gewalt an Frauen stoppen
- > Frauen besser entlohnen
- > klare Regeln für gute Arbeit von Frauen
- > solidarische Mindestrente einführen
- > bestehenden Machtverhältnisse verändern, die Frauen benachteiligen, auch wenn sie formal die gleichen Rechte haben wie Männer
- > gleiche Gestaltungsrechte für Frauen und Männer: eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern
- > die Hälfte des Parlaments mit Frauen besetzen
- > sexuelle Selbstbestimmung: Paragraph 219a steht weiter auf der Agenda

Die Tradition der Wertschätzung der Arbeit der Frauen in

Betrieben und Familien mit Blumen und Geschenken von ihren Partnern und Chefs verbunden mit einem freien Tag, wie in der ehemaligen DDR und heute zum Beispiel noch in Russland gepflegt, wird im heutigen Deutschland nicht fortgeführt. Für dieses Jahr ist noch kein besonderes Motto festgelegt worden, aber im internationalen Rahmen wird schon intensiv diskutiert. UN-Generalsekretär António Guterres äußert sich so dazu: „Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen Wissenschaft und Technologie ist für den Aufbau einer besseren Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wir haben dies noch einmal im Kampf gegen COVID-19 gesehen. Frauen, die 70 Prozent aller Beschäftigten im Gesundheitswesen ausmachen, waren bisher am stärksten von der Pandemie betroffen und mit an der Spitze bei der Bekämpfung des Virus. Die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern haben im vergangenen Jahr dramatisch zugenommen, da Frauen die meisten Aufgaben übernehmen, die durch Schulschließungen entstehen, und von zu Hause aus arbeiten. Viele Wissenschaftlerinnen stehen vor der Tatsache, dass Labore geschlossen sind und sie sich mehr um ihre Familie kümmern müssen, sodass weniger Zeit für kritische Forschung bleibt. Für Frauen in wissenschaftlichen Bereichen haben diese Herausforderungen eine bereits schwierige Situation verschärft.“

Statements von Gewerkschaften in Deutschland sind ebenfalls schon formuliert und Herausforderungen zu folgenden Punkten gesehen:

- > 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist das deutsche Parlament so männlich wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Nur ein

> Anita Schröder

Grüße aus dem Homeoffice

Mein Name ist Anita Schröder. Seit ca. 15 Jahren unterstütze ich unsere Bundesfrauenvertreterin Anna Diegeler-Mai bei ihrer Arbeit und nehme auch Termine für sie wahr. Als Tarifbeschäftigte beim Bundesverwaltungsamt ergänze ich die Frauenarbeit für diesen Bereich.



© Anita Schröder

Für mich ist es wichtig, dass auch die Frauen aus dem Tarifbereich zu Wort kommen. Das sehe ich als meine Aufgabe an.

Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern, Frau Diegeler-Mai

kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Liebe Mitstreiterinnen, ihr seht, wir sind bundesweit aufgestellt. Das ist für mich wichtig, dass auch der Norden gehört wird. Derzeit sind leider viele Aktivitäten durch Corona auf Eis gelegt.

Frauen haben jetzt andere Sorgen – Homeoffice, Homeschooling und Kleinkinderbetreuung zu Hause. Wichtig ist aber, dass wir dran bleiben und nicht vergessen, wofür wir kämpfen.

- Drittel der Abgeordneten sind Frauen.
- Rechtspopulismus will mit seinem rückständigen Frauenbild und seinen Familienvorstellungen von gestern Frauen wieder in enge Schranken weisen.
- Frauendominierte Berufe werden immer noch schlechter bezahlt.
- Frauen stehen vor ungelösten Arbeitszeitproblemen.
- Frauen haben geringere Karrierechancen.
- Frauen haben eine kleinere Rente als Männer.

die sich durch die qualitätsvolle, meist sogar wissenschaftliche Aufarbeitung von konkreten, den öffentlichen Dienst betreffenden Themen auszeichnet. Sehr erkenntnisreich sind in diesem Zusammenhang die gut organisierten Frauenpolitischen Fachtagungen der dbb bundesfrauenvertretung, die hoffentlich bald wieder in Präsenz stattfinden können. Unter den Titeln „Geschlechtergerechtigkeit: „Da geht noch mehr!“, „Frauen 4.0: Ab durch die gläserne Deckel!“, „Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst“ oder „Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr ver-



➤ Anna Diegeler-Mai

■ **Diversity als Chance – die Charta der Vielfalt für Diversity in der Arbeitswelt**

Sehr unterstützt werden kann meine Arbeit dadurch, dass der vbob der Charta der Vielfalt beigetreten ist. Je mehr der Gedankenansatz der Diversität der Mitarbeitenden mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten in der täglichen Arbeit auch in der Bundesverwaltung umgesetzt wird und seine Vorteile gesehen werden, desto mehr kann auch die isolierte Frage nach Gleichstellung von Männern und Frauen in den Hintergrund treten. Führungsebenen der Bundesverwaltung, die den Vorteil vielfältig zusammengesetzter Teams – Männer, Frauen, Jung und Alt, mit und ohne Migrationshintergrund und so weiter – zur Aufgabenerledigung erkennen und diese gezielt steuern, werden nicht nur ausgewogenere und qualifiziertere Arbeitsergebnisse hervorbringen, sondern auch fast automatisch für mehr Gleichstellung sorgen. Daher sollten die Ziele der Charta der Vielfalt immer mehr Einzug in die Arbeit des vbob finden. Auch dafür ist es weiterhin sehr wichtig, den Frauen im vbob eine Stimme zu geben. Je vielfältiger die Basis der Entschei-

dungsfindungen der vbob Gremien ist, desto besser können sie von allen Mitgliedern, also vor allem auch von den Frauen im vbob mitgetragen werden. Die Funktion der vbob Bundesfrauenvertreterin als Repräsentantin von bislang etwa einem Drittel der vbob Mitglieder ist dafür auch in der Zukunft ein unverzichtbarer Baustein.

In anderen Mitgliedsge- werkschaften und Verbänden des dbb entscheiden vor allem wegen der jeweiligen regionalen Verankerung und aus historischen Gründen vielköpfige Gremien über die Ausrichtung der Frauenpolitik. Sie können nur in kleinen Schritten in die nächsthöheren Gremien und dann in die Gremien des dbb transportiert werden. Wir im vbob leben die direkte Verbindung von der Basis, den Fachgruppen, über den Bundesvorstand zum Bundeshauptvorstand. Die im Bundesvorstand vertretene Bundesfrauenvertreterin hat also die Chance, unmittelbar auf die Arbeit des Bundesvorstands mit Blick auf spezielle Frauenanliegen Einfluss zu nehmen. Diesen Vorteil gilt es uns zu bewahren. Denn für uns alle gilt auch in der Zukunft: Nähe ist unsere Stärke.

adm

Besondere, eigenständige Forderungen zum internationalen Weltfrauentag, die an die Beschäftigtenwelt der

➤ **Claudia Goeke**

Was bedeutet der vbob für Sie als aktives Mitglied und wie kann er das Thema Gleichstellung noch mehr in den Blick bringen?

Es geht darum, ein persönliches Beispiel zu geben für ein Engagement von Frauen, gerade auch in Strukturfragen der Personalentwicklung. Ich möchte das an meiner Rolle erläutern:

Zum einen bin ich die erste Fachgruppenvorsitzende des vbob im Bundesumweltministerium, zum anderen auch die erste Frau als Personalratsvorsitzende in unserem Haus. Durch diese Schlüsselfunktionen und einem ausgeprägten Kontakt zur Gleichstellungsbeauftragten ist es mir



möglich, hier wichtige Akzente zu setzen. Auch in meiner neuen Rolle als stellvertretende Bundesvorsitzende des vbob ist es mir ein großes Anliegen, Frauen zu überzeugen, dass es toll ist, sich für ihre Interessen einzusetzen. Auch wenn in den vergangenen Jahren schon manches für die Gleichstellung erreicht wurde, gibt es gerade auch in Führungspositionen weiterhin Nachholbedarf. Dies immer wieder herauszustellen, ist für mich eine wichtige Aufgabe.

Bundesverwaltung anknüpfen hat der vbob nicht formuliert, wenngleich die allgemeinen Forderungen durchweg zu unterstützen sind.

Als Bundesfrauenvertreterin des vbob setze ich mehr auf kontinuierliche Netzwerkarbeit zusammen mit den Frauen in den Fachgruppen und gemeinsam mit der dbb bundesfrauenvertretung,

netz? – Chancen erkennen, Risiken benennen!“ wurden schon zum 15. Mal konkrete Themen mit wissenschaftlich unterlegten Impulsvorträgen aufbereitet und in Diskussionsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaft von allen Seiten beleuchtet und daraus abzuleitende Forderungen erarbeitet.

Die neu gewählten Bundesvorstandsmitglieder stellen sich vor

Claudia Goeke, stellvertretende Bundesvorsitzende

Hallo liebe vbob Familie,

mein Name ist Claudia Goeke. Ich bin 53 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter.

Seit 1987 bin ich als Tarifbeschäftigte im Bundesumweltministerium tätig, habe dort in Bonn angefangen und lebe seit 2002 in Berlin.

In zweiter Amtsperiode bin ich jetzt Personalratsvorsitzende im BMU, vbob Fachgruppenvorsitzende und bereits seit 1998 Mitglied des vbob. Im letzten Jahr bin ich stellvertretende Bundesvorsitzende des vbob geworden.

Mir liegen die aktuellen Herausforderungen eines moder-

nen öffentlichen Dienstes am Herzen. Das sind für mich die Chancen und Risiken der Digitalisierung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Auf diese Fragen muss eine Gewerkschaft überzeugende Antworten geben können. Dazu möchte ich mit Ihnen gemeinsam konkrete Vorschläge erarbeiten und zum nächsten Bundesvertretertag vorlegen.



© Leistenschneider

In meiner Personalratsarbeit im BMU ist es mir mit diesen Themen gelungen, den vbob als glaubwürdige, leistungsstarke Organisation zu präsentieren und in einem kritischen Umfeld zur stärksten Kraft zu entwickeln.

cg

Hans-Georg Schiffer, stellvertretender Bundesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 13. November 2020 bin ich im Rahmen der Bundeshauptvorstandssitzung im Wege der notwendig gewordenen Nachwahlen zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden.

An dieser Stelle möchte ich mich für die Wahl und das Vertrauen, das mir damit entgegengebracht wurde, bedanken und auch kurz vorstellen.

Ich bin 52 Jahre und lebe mit meiner Ehefrau jetzt wieder in meinem Geburtsort in Grefrath (Kreis Viersen) am linken Niederrhein. Unsere vier Kinder sind alle erwachsen und führen mittlerweile ihren eigenen Haushalt.

Ich bin bereits über 30 Jahren im vbob organisiert und seit 2013 Fachgruppenvorsitzender der Fachgruppe im Bundesverwaltungsamt Köln. Aktuell bin ich als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats im Bundesverwaltungsamt (rund 6 000 Beschäftigte an über 20 Standorten) für diese Tätigkeit mit Dienstort Köln vollständig freigestellt. Vor meiner Tätigkeit als GPR-Vorsitzender war ich in diversen Arbeitsbereichen der Personalreferate beim BVA und beim BAMF tätig.

Meine langjährigen Erfahrungen aus den Tätigkeiten der Personalreferate und als aktiver Personalrat bringe ich

gerne in die kommenden Herausforderungen im Bundesvorstand des vbob ein.

Unsere Arbeitsplätze werden sich in der Zukunft entscheidend verändern und viel Flexibilität von uns einfordern – aber eben auch große Chancen bieten. Diesen Prozess möchte ich als stellv. Bundesvorsitzender aktiv unterstützen, um unter dem Aspekt „Nähe ist unsere Stärke“ insbesondere das Beamten- und Versorgungsrecht, das Tarifrecht und das Personalvertretungsrecht positiv für uns weiter zu entwickeln.

Als verlässlicher Partner des Bundesvorsitzenden, als Teil von Bundesleitung und Bundesvorstand will ich unsere



© HG Schiffer

Forderungen weiter vorantreiben und den vbob als festen Bestandteil mit eigenem Profil – als DIE Gewerkschaft der Bundesbeschäftigten – im dbb weiter positionieren.

Zudem ist es mir wichtig, für den vbob in der Außenwirkung – zum Beispiel auch auf Personalversammlungen – zur Verfügung zu stehen, um vor Ort unsere Personalräte zu stärken und mit Präsenz für den vbob zu werben.

hgs

Gespräch mit dbb Chef Silberbach

Zu einem ersten Austausch über die Ausrichtung gewerkschaftlicher Arbeit im Hinblick auf den öffentlichen Dienst 2030 traf sich Frank Gehlen mit dbb Chef Ulrich Silberbach.

Die Positionen des vbob im Hinblick auf die jetzt notwendigen Schritte zur Vermeidung des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst (Prognosen für 2030 derzeit: 800 000 fehlende Fachkräfte) trug Frank Gehlen vor und warb im Interesse der Beschäftigten der Bundesverwaltung für ein gemeinsames Vorgehen in der Sache, auch gegenüber den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung. Ulrich Silberbach teilte die Analyse und sagte die Fortsetzung der Gespräche mit dem vbob zu.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Information über die im Rahmen des 70. Geburtstages des vbob geplanten Webveranstaltungen. Hier erklärte Ulrich Silberbach seine Bereitschaft zur Unterstützung des vbob, zum Beispiel durch die mögliche Nutzung vorhandener Technik des dbb für eine Veranstaltung.

Frank Gehlen erläuterte abschließend das durch den Bundesvorstand des vbob beschlossene Treffen der eigenen Mandatsträger in den Personalvertretungen der Bundes-



verwaltung. Dass dieses nach augenblicklicher Planung – nach Möglichkeit – in den Räumen der dbb akademie in Kö-

nigswinter stattfinden soll, begrüßte Ulrich Silberbach ausdrücklich.

fg

Klausur des Bundesvorstands per Videokonferenz

Zur ersten virtuellen Klausurtagung kam der Bundesvorstand am 1. Februar ganztägig vor den Bildschirmen zusammen.

Bundesvorsitzender Frank Gehlen begrüßte pünktlich um 9 Uhr die vollzählig erschienenen Mitglieder des Bundesvorstandes und die drei Kolleginnen aus der Bundesgeschäftsstelle sowie dem Hauptstadtbüro.

In Vorbereitung auf die Klausurtagung hatte Frank Gehlen die Mitglieder des Bundesvorstands gebeten, ihr Bild vom vbob in Form eines Hauses zu beschreiben und den anderen Anwesenden vorzustellen. Die Frage, wie man sich selbst als Mitglied des Bundesvorstands in ein „vbob Haus“ einbringen kann, ergänzte die Aufgabenstellung und brachte manche zielführende Erkenntnisse zutage. Insgesamt

ein gelungener Einstieg in die Klausur.

Die Fragestellung, wie die bevorstehenden gewerkschaftlichen Herausforderungen neben der bekannten klassischen Aufgabenverteilung in neuer Form betreut werden können, spielte im Folgenden eine Rolle. Projektbezogene Aufgabenverteilungen in Teamlösungen spielen künftig ebenso eine Rolle wie auch die bisher bekannte klassische Aufgabenverteilung.

Im Hinblick auf das kommende Jahr 2022, in dem der nächste Bundesvertretertag des vbob stattfinden wird, diskutierte der Bundes-

vorstand über verschiedene terminliche, räumliche und inhaltliche Varianten des nächsten Vertretertages. Dabei sind den Mitgliedern des Bundesvorstands neben einer guten Erreichbarkeit und einer professionellen Tagungsumgebung auch die ausreichenden Möglichkeiten zur Diskussion und Vernetzung unter den Delegierten ein wichtiges Anliegen. Am Ende der Debatte konnten erste Vorstellungen unvernehmlich festgehalten werden, die den beschriebenen Ansprüchen genügen werden. Der Ablauf des Vertretertages wurde ebenfalls andiskutiert, hierzu werden weitere Befassungen des Bundesvorstands im Laufe des Jahres für mehr Klarheit sorgen. Spätestens zur Sitzung des Bundeshauptvorstands im November sollen alle wesentlichen Fragen

zum nächsten Bundesvertretertag beantwortet sein und die Präsentation erfolgen.

Aus Anlass des 70. Geburtstages des vbob werden über das gesamte Jahr 2021 virtuelle Veranstaltungen für die Mitglieder des vbob angeboten. Wenn Sie sich informieren möchten, stehen Ihnen Ihr Fachgruppenvorstand, die Bundesgeschäftsstelle und das Hauptstadtbüro zur Verfügung.

Zum Abschluss diskutierte der Bundesvorstand über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit des vbob. Beschlossen wurde die Organisation eines Austausches der gewählten vbob Mitglieder in Personalvertretungen. Über die Organisation, den Termin und die Möglichkeit der Teilnahme werden Sie gesondert informiert.

fg



© Björn Wylezich / stock.adobe.com

Kommentierte Pressestimmen

Der Deutschlandfunk meldete am 26. Januar 2021, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) aktuell prüft, ob die Bundes-AfD als möglicher Verdachtsfall eingestuft wird. Das Verfahren droht zur Hängepartie zu werden, auch weil die AfD eine Klage beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht hat mit dem Ziel, die Entscheidung sowie die mögliche Bekanntgabe seitens des Verfassungsschutzes zu verhindern.

Über die Hintergründe des Verfahrens: Bereits am 15. Januar 2019 stuft das BfV die AfD als Gesamtpartei als sogenannten Prüffall ein. Seitdem untersuchen die Verfassungsschützer, ob und inwieweit bei der AfD Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gegeben sind. Sollte sich dies bestätigen, könnte die AfD auf Bundesebene als Verdachtsfall eingestuft werden. Das Prüfverfahren wurde seinerzeit vom Bundesamt auf zwei Jahre veranschlagt. Eine Entscheidung sollte nach Medienberichten Anfang dieses Jahres verkündet werden. Die Zeit drängt auch deshalb, weil am 14. März Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz stattfinden. Das Verfahren droht sich nun allerdings zu verzögern, auch weil die AfD – wie zuvor be-

schlossen über die von der AfD eingereichten Eilanträge abwarten. Denkbar wäre es aber auch, dass das BfV im Verborgenen entscheidet, die gesamte AfD zum Verdachtsfall hochzustufen, darüber aber nicht öffentlich berichtet. Nach einem Bericht der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** liegen zudem noch rund 1000 Seiten Material über die AfD

ist jedoch bislang noch nichts bekannt. Klar ist aber: Es geht um die Entwicklung der AfD nach der Selbstauflösung des rechten, nationalkonservativen Flügels. Der Verfassungsschutz hält die vom AfD-Bundesvorstand propagierte Auflösung des Flügels für vorgeschoben. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Strukturen der innerpartei-

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

*Molière, französischer Dramatiker und Schauspieler
1622–1673*

schrieben – eine Klage beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht hat. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat daraufhin eine sogenannte Stillhalteerklärung abgegeben und wird sich vorerst öffentlich nicht weiter äußern. Es ist unklar, ob die Verfassungsschützer nun zunächst den Gerichts-

zur Prüfung beim Bundesinnenministerium. Auch dadurch könnte sich die Bekanntgabe einer Entscheidung auf unbestimmte Zeit hinziehen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz steht somit möglicherweise kurz davor, die AfD als Verdachtsfall einzustufen. Über die Gründe im Einzelnen

chen Organisation und Netzwerke unverändert fortbestehen. Auch der Machtkampf zwischen den verschiedenen Lagern in der Partei ist weiterhin sichtbar, zuletzt beim vergangenen Parteitag in Kalkar, bei dem das als rechtsextrem eingestufte Lager nach Einschätzung der Beobachter

vom Bundesverfassungsschutz fast die Hälfte der Delegierten hinter sich hatte. Der Einfluss des eigentlich aufgelösten völkischen „Flügels“ sei in der AfD stärker geworden, wurde BfV-Präsident Thomas Haldenwang im **Spiegel** zitiert. Mehrere Medien berichteten schon vor der Entscheidung des Verfassungsschutzes, dass die Gesamtpartei als Verdachtsfall eingestuft werde. Der bayrische Verfassungsschutzchef Burkhard Köhler sprach gegenüber der **WELT** sogar die mögliche Option an, dass die AfD gleich eine weitere Stufe höher, als gesichert extremistische Organisation, eingestuft werden könnte. Auch diese Äußerung deutete auf einen künftig möglichen härteren Kurs auch gegenüber der Bundes-AfD hin. Eine Einstufung als Verdachtsfall hätte zunächst keine Einschränkungen für die AfD-Delegierten und ihre politische Arbeit zur Folge. Allerdings könnten Parteimitglieder dann observiert und abgehört werden, um dem Verdacht verfassungsfeindlicher Tätigkeiten nachzugehen. Außerdem darf der Verfassungsschutz V-Leute in ihren Reihen einsetzen. Nachrichtendienstlich kann erst ermittelt werden, wenn die AfD vom Verdachtsfall auf einen

Beobachtungsfall hochgestuft wird, wie dies beim „Flügel“ der Fall war. Konkrete Auswirkungen dürfte die Einstufung als Verdachtsfall aber wohl für AfD-Mitglieder geben, die zugleich Angehörige des öffentlichen Dienstes sind und einen Eid auf die Verfassung abgelegt haben. Der Verfassungsschutz hat bereits angekündigt, dass etwa Mitglieder eines Beobachtungsobjektes wohl Probleme mit ihrer Dienststelle bekommen könnten. Ob sie aus dem Dienst entlassen werden, müsste dann aber in jedem Einzelfall geprüft werden.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat bereits klargestellt, dass „der Polizeidienst und ein Engagement bei der AfD nicht zusammenpassen“. Auch der Vorsitzende des Beamtenbunds, Ulrich Silberbach, hält eine Beamtentätigkeit und eine Mitgliedschaft in der AfD für unvereinbar, sollte der Verfassungsschutz bei der Bundespartei extremistische Bestrebungen feststellen.

Anderes Thema: „Sind wir eigentlich schon wieder im Lockdown oder immer noch?“ „Sind die Grundschulen immer noch geschlossen? Wie ist die Rege-

lung im eigenen Bundesland?“ „Corona und kein Ende?“ Fragen über Fragen und für die Betroffenen oftmals nur unzureichende Antworten? Die **WELT** greift dieses Thema in ihrer Ausgabe vom 11. Februar 2021 auf mit der Überschrift „Viele haben mehr erwartet als einen frischen Haarschnitt“. Die Opposition im Bundestag hat die Beschlüsse von Bund und Ländern zur weitgehenden Verlängerung des Lockdowns bis zum 7. März kritisiert. „Viele Menschen haben sich mehr erwartet als einen frischen Haarschnitt“, sagte der FDP-Partei- und Fraktionschef Christian Lindner. Er warf der Bundesregierung erneut vor, den Bundestag nur unzureichend an den Entscheidungen zu beteiligen. „Nur den Frisuren eine Öffnung zu erlauben ist total willkürlich“, sagte FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae der **WELT**. „Man will der Bevölkerung ein Friedensangebot machen, damit jeder mal wieder seine Haare schneiden lassen kann. Aber so funktioniert die Gewährung von Grundrechten nicht.“ Richtig wäre es gewesen, so Thomae, die Öffnung der Betriebe an „sachliche Kriterien“ zu knüpfen. „Es gibt viele Geschäfte und Restaurants, die Schutzvorkehrungen getroffen haben: Die Be-

treiber haben Lüftungsanlagen eingebaut, ihr Personal geschult oder Desinfektionstische bereitgestellt. Sie weiter geschlossen zu halten, ist unsystematisch.“ Positiv sei hingegen die Einigung, Lehrer und Erzieher prioritär zu impfen. „Offensichtlich hat man erkannt, dass der Bildungserfolg der Kinder unter der Pandemie nicht länger leiden darf. Man räumt den Ländern auch mehr Befreiheit bei der Frage der Schulöffnungen ein.“ FDP-Vizechef Kubicki warf Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Regierungschefs der Länder einen „offenen Rechtsbruch“ vor. „Dass wir die Maßnahmen, die die Ministerpräsidentenkonferenz für eine 200er-Inzidenz eingeführt hat, nahezu unverändert bis zum Inzidenzwert von 35 beibehalten sollen, ist unverantwortlich und ein offener Rechtsbruch“, sagte der Bundestagsvizepräsident dem **Redaktionsnetzwerk Deutschland**. Die verfassungsmäßigen Kompetenzen gerieten „komplett unter die Räder“. Dass plötzlich die Ministerpräsidentenkonferenz über die Impffolgenfolge befinden solle, sei „evident verfassungswidrig“, sagte Kubicki. „Dies gehört eindeutig in die Zuständigkeit des Bundestages.“

Wohlverdienter Ruhestand

Hausleitungen von Bundesbehörden wechseln auch in Corona-Zeiten – wenn auch nicht so feierlich wie zuvor üblich. So ging der Präsident des Bundesamtes für Justiz (BfJ), Heinz-Josef Friehe, zum Jahresende 2020 in den wohlverdienten Ruhestand.

Herr Friehe, der 1987 als Referent in das Bundesministerium der Justiz kam, ist seit 1989 Mitglied im vbob. Von 1999 bis 2003 war er Vorsitzender der Fachgruppe Bundeskanzleramt/Bundespräsidialamt; auch dem Personalrat des Bundeskanzleramtes gehörte er damals an. Nach seiner Rückkehr in das Bundesministerium der Justiz leitete er in den Jahren 2010–2011 auch die dortige Fachgruppe.

Das BfJ hat er am 1. Januar 2012 als Präsident übernommen, damals mit 27 Referaten und circa 800 Beschäftigten. Heute arbeiten hier 1.250 Beschäftigte in 42 Referaten, verteilt auf sieben Liegenschaften in Bonn, und das Amt wird weiter wachsen.

Es war Herrn Friehe stets wichtig, das 2007 errichtete BfJ mit seinen zahlreichen Dienstleis-

tungen in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen. Der Europäische Tag der Justiz, Fachtagungen, Besuche ausländischer Delegationen, der Tag der offenen Tür der Bundesregierung, der Deutsche Präventionstag, Vorträge über das BfJ halten, all das hat er sehr gerne gemacht. Das Verfahren zur Online-Beantragung von Führungszeugnissen hat er 2015 in Hannover auf der CeBIT vorgestellt. Bei der Entwicklung und Einführung der E-Akte Bund war das BfJ Masterpilot; daher konnte Herr Friehe im Dezember 2018 den ersten Vorgang öffnen, der in der gesamten Bundesverwaltung mit der E-Akte Bund angelegt wurde.

Nachdem die vbob Mitglieder des BfJ zunächst zur Fachgruppe des Bundesministeriums der Justiz gehörten, führte der Personal- und Mitgliederzu-



wachs 2015 dazu, dass eine eigene Fachgruppe gebildet werden konnte. Natürlich gehörte auch Herr Friehe zu den Gründungsmitgliedern der Fachgruppe 60 im BfJ. Er hat an vielen Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen der Fachgruppe teilgenommen. Die Gespräche mit ihm waren immer sehr angenehm und er wird hoffentlich auch als Pensionär an der einen oder anderen Veranstaltung teilnehmen.

Der Vorsitzende der Fachgruppe, Stephan Strecke, verabschiedete den Herrn Präsidenten als langjähriges vbob Mitglied vor Weihnachten coronakonform in einem kurzen persönlichen Gespräch und überreichte ihm im

Namen der Fachgruppe ein kleines Abschiedspräsent.

Neue Präsidentin des Bundesamtes für Justiz ist Frau Veronika Keller-Engels, die wir an dieser Stelle recht herzlich begrüßen. Den Amtswechsel vollzog die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Frau Lambrecht, am 7. Januar 2021 im Ministerium in Berlin. Coronabedingt konnte die Feier nur in einem sehr kleinen Rahmen stattfinden. Sie wurde aber in einem Video festgehalten, sodass alle Kolleginnen und Kollegen des BfJ das Geschehen virtuell nachverfolgen konnten.

St. Strecke

Im Dialog mit ...

dbb Vize Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik

Im Gespräch zwischen Frank Gehlen und dbb Vize Volker Geyer drehte es sich um die Frage, wie der vbob sich nach Einschätzung von Volker Geyer in den Fragen des Tarifbereichs künftig einbringen sollte.

Neben der Tatsache, dass sich der vbob im Rahmen der pandemiebedingt zurückhaltend geplanten Streikmaßnahmen der letzten Tarifrunde Bund mit einem eigenen Aktionstag

eingebraucht hat, standen Fragen der Mobilisierungsbereitschaft im Vordergrund der angeregten Diskussion. Frank Gehlen betonte die Absicht des Bundesvorstandes, im Bereich

des Tarifrechts Schwerpunkte zu setzen, und wies darauf hin, dass der vbob nunmehr unter Leitung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Claudia Goeke ein Kompetenzteam aus Mitgliedern des vbob zum Thema Tarifrecht eingerichtet hat. Eine Einladung zur Teilnahme an einer Sitzung des

Kompetenzteams in der zweiten Jahreshälfte nahm Volker Geyer an. Die Verabredung zum weiteren Austausch mit den Tarifexpertinnen und Tarifexperten des vbob rundete das Gespräch ab.

fg



© vbob